

Protokoll der Delegiertenversammlung

30. November 2019, 10.15 Uhr – 16.38 Uhr, Eventforum Bern

Vorsitz: Christian Levrat

Protokoll: Claudio Marti

Anwesend: 228 Delegierte und ca. 40 Gäste

Anmerkung zum Protokoll

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen der Delegiertenversammlung werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert. Dieses Protokoll gibt die Aussagen der Sprechenden lediglich gekürzt und sinngemäss wieder.

1. Eröffnungsgeschäfte

Michael Sorg eröffnet die Delegiertenversammlung und freut sich über die rege Teilnahme der Delegierten und Gäste.

Es folgen Grussbotschaften von Mirjam Veglio, Co-Präsidentin SP Kanton, Ueli Egger, Co-Präsident SP Kanton Bern, Evi Allemann, Regierungsrätin Kanton Bern, Michael Aebersold, Gemeinderat der Stadt Bern und Hans Stöckli, Ständerat SP Kanton Bern.

Ueli Egger: Für die SP Kanton Bern ist es eine grosse Ehre, die Delegierten der SP Schweiz in unserem Kanton zu begrüssen. Der Kanton Bern ist gross, aber leider überwiegend bürgerlich, v.a. auf dem Land. Wir sind ein sehr vielfältiger Kanton und auch zweisprachig. Und wir sind auch die grösste Kantonalpartei der SP Schweiz. Wir sind stolz auf unsere Sprachenvielfalt und wollen diese weiterhin pflegen. Ich wünsche allen eine gute Diskussion und Versammlung.

Mirjam Veglio: Die Stadt Bern ist das Zentrum des politischen Geschehens. Der Kanton Bern ist traditionell bürgerlich geprägt, die SVP ist klar die stärkste Partei. Wohl auch deshalb geht in unserem Kanton vieles langsamer. Obwohl links-grün nur einen Wähler/innenanteil von ca. 30% hat, konnten wir in den letzten 1 ½ Jahren zwei wichtige Abstimmungen gewinnen: Gegen den Angriff auf die Sozialhilfe und gegen eine unsoziale Steuerreform.

Evi Allemann: Für mich ist es das erste Mal, dass ich in meiner neuen Funktion als Berner Regierungsrätin vor euch SP Schweiz Delegierten stehe. Wir befinden uns hier auf dem Von-Roll-Areal, das von einem Industrie- zu einem Wissensareal geworden ist. Dieser Wechsel von einem Industrie- zu einem Wissensareal ist eine Folge der Digitalisierung. Doch diese Digitalisierung verunsichert auch viele Menschen. In ganz Europa gewinnen deshalb die Demagog/innen. Im Vergleich dazu haben wir als SP Schweiz vergleichsmässig wenig verloren. Wir dürfen uns durchaus über die Gewinne der Grünen freuen. Trotzdem müssen wir klar aufzeigen, dass der ökologische Umbau sozial gestaltet werden muss. Da können wir auch in einer Regierung Akzente setzen. So konnte ich z.B. die Prämienverbilligungen im Kanton Bern gestützt auf das Bundesgerichtsurteil der SP Kanton Luzern erhöhen. An solchen Erfolgen müssen wir anknüpfen. Wir müssen den Leuten aufzeigen, dass sie mit der SP einen mehrfachen Mehrwert erhalten: Mit der SP erhalten sie den sozialen Ausgleich, einen sozialen ökologischen Umbau und ein vernünftiges Verhältnis zu Europa.

Michael Aebersold: Willkommen in der linksten Stadt der Schweiz. Bei den Wahlen hat unsere Partei unerwartet schlecht abgeschnitten. Obwohl wir uns immer schon für Umwelt und Gleichstellung eingesetzt haben. Viele haben im Oktober nicht das rote Original gewählt. Die SP ist die führende

Kraft für die Urbanisierung. Dies heisst sozialer Ausgleich und eine zukunftsfähige Verkehrspolitik. Als Gegensatz zum konservativen Land. Wir müssen uns selbstkritisch mit dem Wahlergebnis auseinandersetzen. Die Stadt Bern wird auch als links-grüne Wohlfühlzone bezeichnet. Doch dank der linken Mehrheit sind die Städte die Cash-Cows der Kantone und des Bundes geworden. Dieses Geld fließt alles aufs Land. In den Städten herrscht auch ein gutes Klima als Labor für neue Ideen: kontrollierte Drogenabgabe, kindliche Frühförderung, bezahlbarer Wohnraum etc. Die hohe Lebensqualität ist kein Zufall, sondern ein Verdienst der SP. Dies müssen wir selbstbewusst kommunizieren.

Hans Stöckli: Ich bedanke mich herzlich für die riesige Unterstützung schweizweit für die Verteidigung meines Ständeratssitzes. Wenn wir wollen, können wir gewinnen! Wir müssen dies gleichwohl kritisch analysieren. Wir dürfen unseren Partner/innen keine Geschenke machen. Die Vorherrschaft im linken Lager muss bei der SP bleiben und diese müssen wir verteidigen. Unsere Strukturen müssen wieder Leben erhalten, wir müssen auch wieder junge Menschen gewinnen. Die Schweiz braucht eine starke Sozialdemokratie. Ich freue mich auch auf das Ständeratspräsidium. Dort werde ich auch die Vorteile des Kantons Bern als Brückenkanton darstellen. Meine Hauptbotschaft wird sein, dass die politische Bildung gestärkt werden muss.

Wahl der StimmenzählerInnen und StellvertreterInnen

Beschluss der Delegiertenversammlung: So wie runtergelesen einstimmig gewählt.

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Beschluss der Delegiertenversammlung: Karin Mader wird stillschweigend gewählt.

Tagesordnung/Schlussdokumentation

In der Schlussdokumentation sind nochmals sämtliche Papiere enthalten.

Die definitive Traktandenliste enthält folgende Änderungen:

Traktandum 6: Initiativprojekte zu «Elternzeit» und «Lohngleichheit»

R-1 der Geschäftsleitung: Den Schwung des Frauenstreiks aufnehmen! Es braucht endlich Vereinbarkeit – und endlich Lohngleichheit.

Traktandum 10: Resolutionen, Anträge und Wahlgeschäfte:

- R-2a Kristina Schüpbach und andere: Keine Handelsabkommen ohne wirksamen Schutz von Mensch und Umwelt!
- R-2b Gegenresolution der Geschäftsleitung: Keine Handelsabkommen ohne wirksamen Schutz von Mensch und Umwelt
- R-3 Martine Docourt und andere: Klimapolitik: Die SP muss Garantin für soziale Gerechtigkeit sein!
- R-4 Nicola Siegrist und andere: Auf zum Strike for Future!
- R-5 Clément Borgeaud und andere: Gegen das antidemokratische Wirtschaftsforum Davos

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die aktualisierte Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

Ordnungsanträge

Ordnungsanträge zum Ablauf müssen vor dem Beginn des Traktandums eingereicht werden.

Rededauer

Es wird auf eine Beschränkung der Redezeit verzichtet. Sieht die DV-Leitung aber, dass die Zeit knapp wird, wird sie per Ordnungsantrag eine Beschränkung der Redezeit beantragen. Jedoch wird bei der allgemeinen Diskussionsrunde zu den Wahlen (Traktandum 4) eine Redezeitbeschränkung von 3 Minuten vorgeschlagen.

Wortmeldezettel

Wortmeldezettel müssen beim Podium geholt und können nur dort wieder abgegeben werden. Wortmeldungen müssen bis zum Beginn des vorhergehenden Traktandums eingereicht werden, ausser bei Wortmeldungen zur allgemeinen Diskussionsrunde (Traktandum 4). Hier können die Wortmeldezettel bis Ende Traktandum 3, bis Ende von Christians Levrats, abgegeben werden.

Protokoll der DV vom 2. März 2019 in Goldau

Genehmigung des Beschluss-Protokolls der Delegiertenversammlung vom 2. März 2019 in Goldau. Dieses kann unter www.sp-ps.ch heruntergeladen werden. Ausserdem kann es beim Zentralsekretariat in gedruckter Form angefordert werden.

Es gibt eine Korrektur: Andreas Marty ist Präsident der SP Kanton Schwyz und nicht der SP Kanton Uri.

Nadja Kuhn: In der Resolution zum Klimastreik haben wir Nettonull ab 2030 gefordert, im Marshallplan wurde allerdings Nettonull ab 2050 gefordert. Demokratische Beschlüsse der Partei müssen respektiert werden.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Das Protokoll wird mit Dank an die Verfasser*innen Julie Martin und Bernhard Geiser stillschweigend genehmigt.

2. Mitteilungen

Rebekka Wyler: Es wird wieder eine Übersetzung in Gebärdensprache geben. Zudem können am Eingang Dankeskarten gekauft werden.

Der Parteitag 2020 findet am 4./5. April 2020 in Basel statt.

Die GL hat an der Sitzung vom 22. November 2019 beschlossen, für die Neuwahl der Präsidentin/des Präsidenten eine Wahlvorbereitungskommission einzusetzen. Die Wahlvorbereitungskommission besteht aus Markus Notter (Leitung), Ada Marra, Marina Carobbio, Nadine Masshardt und Beat Jans. Die Ausschreibung beginnt am 11. Dezember 2019. die Frist läuft bis am 19. Februar 2020. Wir hoffen auf eine rege Teilnahme am Parteitag.

Rebekka Wyler gratuliert Colette Siegenthaler herzlich zu ihrem Geburtstag und überreicht ihr ein kleines Präsent.

3. Rede Christian Levrat, Präsident SP Schweiz, Ständerat FR

Die Rede von Christian Levrat ist unter folgendem Link zu finden:

https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/30112019_dv_bern_rede_levrat_0.pdf

4. Rückblick auf die Wahlen 2019

Podiumsdiskussion mit Fachleuten aus verschiedenen Landesteilen

Moderation: Nadine Masshardt

Teilnehmer*innen: Lisa Catena: Politsatirikerin; Silja Häusermann: Politologin an der Universität Zürich; Stefan Keller: Historiker, Autor, WoZ-Redaktor und Syndicom-Aktivist; Pascal Sciarini: Politologe an der Universität Genf

Nadine Masshardt: Ich freue mich sehr, dieses Traktandum zu leiten. Zuerst gratuliere ich Marina Carobbio herzlich zu ihrer sensationellen Wahl in den Ständerat im Kanton Tessin, als erste Frau und erste Sozialdemokratin. Nadine Masshardt überreicht Marina Carobbio unter tosendem Applaus eine rote Rose.

Wir haben viele Fragen zum überraschenden Wahlausgang vom 20. Oktober. Meine Einstiegsfrage: Wo sind sie der SP im Wahlkampf begegnet?

Lisa Catena: Ich bin der SP v.a. auf Plakaten und ein bisschen in den sozialen Medien begegnet. Zudem habe ich viele E-Mails von SP-Kandidierenden erhalten. Die Plakatkampagne kam mir vor wie ein Song von Lo und Leduc: Eigentlich gut, aber zu bieder. Sie wirkte so brav, dass es fast den Biederkeitsfaktor der CVP hatte. Das war schade. Da sollten Ecken und Kanten vorhanden sein.

Pascal Sciarini: Ich habe die Internetseite und die elektronischen Medien konsultiert. Auf Social Media bin ich allerdings nicht präsent. Ich glaube auch, dass diese im Wahlkampf nicht eine sehr wichtige Rolle spielen.

Stefan Keller: Zur Telefonkampagne: Ich wurde dreimal angerufen, obwohl ich bereits abgestimmt hatte. Auf den sozialen Medien habe ich mich gefreut über diejenigen Kandidierenden, die etwas Freches machen und auch konstant präsent sind.

Silja Häusermann: Auf Social Media habe ich v.a. einzelne Kandidierende und weniger die ganze Partei wahrgenommen. Auch auf der Strasse habe ich die SP wahrgenommen. Im Vergleich zur Europawahlkampagne der SPD in Deutschland ist mir aufgefallen, dass die SP Schweiz bereits klar als Gegenpol zum rechtsnationalistischen Populismus wahrgenommen wird und die SPD hier ihre Rolle noch sucht. Die SP Schweiz hat dann auch wesentlich weniger verloren als die SPD.

Nadine Masshardt: Was ich in den Medien oft gelesen habe: Wir hätten die grüne Welle verschlafen, hätten die soziale Frage am Beispiel der Ökologie stärker thematisieren müssen. Was denken Sie dazu?

Stefan Keller: Das ist nicht einfach zu beantworten. Entscheidend war, dass der Trend in Richtung grüne Welle ging.

Pascal Sciarini: Die grüne Welle war sehr stark. Wir müssen allerdings fragen, warum die SP das Momentum nicht auf ihrer Seite hatte. 2015 und 2019 hat die Bevölkerung in Umfragen den Grünen

wesentlich höhere Kompetenz in der Umweltpolitik zugeschrieben. Das muss für die SP sehr frustrierend sein, weil sie schon sehr lange Umweltpolitik betreibt. Vielleicht hätte die SP die Umweltpolitik früher stark thematisieren müssen, weil Kompetenzzuschreibung bei der Bevölkerung sehr langfristig geschieht und es dafür Zeit braucht. Die Durchschnittswählerin schreibt automatisch den Grünen grosse Umweltkompetenz zu.

Lisa Catena: Alle diese Fragen fassen das Problem zusammen. Die SP versucht immer, alles zu sein. Die SP hat eine klare DNA und dies ist die soziale Gerechtigkeit. Diese DNA möchte ich sehen. Ich möchte sehen, dass die SP alleine dafür steht. Ich sehe den Stolz der SP zu wenig, für was man steht, nämlich für die soziale Gerechtigkeit.

Silja Häusermann: Das Analysepapier enthält wichtige Feststellungen: Diese Wahl war v.a. eine Klimawahl. Es ging nicht um eine Abstrafung der SP. Doch das Ergebnis war auf Ebene der Wähler/innen nicht wirklich ein Linksrutsch, sondern ein Grünrutsch. Die Frage, ob man sich stärker von den Grünen abgrenzen muss, finde ich falsch: Das wäre nicht gut für die SP. Die Ähnlichkeit zu den Grünen ist ein Vorteil und kein Problem. Die SP Schweiz ist die einzige sozialdemokratische Partei in Europa, die seit den 1980er- und -90er- Jahren glaubwürdig für eine progressive Gesellschaftspolitik einsteht und hat deshalb viel weniger verloren als ihre sozialdemokratischen Schwesterparteien.

Nadine Masshardt an Silja Häusermann: Wie verorten sie das Wahlergebnis der SP Schweiz im Vergleich zu den europäischen sozialdemokratischen Parteien?

Silja Häusermann: Der Trend ist der gleiche, doch viel weniger ausgeprägt. Der strukturelle Wandel (Digitalisierung etc.) ist zwar überall der gleiche, doch die SP Schweiz setzt schon viel länger auf diese neueren Themen als z.B. die SPD und die SPÖ und konnte deshalb viel besser in den weiblichen, gut gebildeten Milieus Fuss fassen. Dies ist ein Erfolg der SP Schweiz. Und es gelang deshalb, den linken Wähler/innenanteil zu stabilisieren, trotz Strukturwandel. Z.B. hat sich die SP Schweiz in der Migrationsdebatte klar positioniert, etwas was z.B. die SPD in Abgrenzung zur AfD nicht schafft. Die SP Schweiz wird v.a. in der Sozialpolitik als kompetent wahrgenommen. Das heisst aber nicht nur Sozialversicherungen, sondern z.B. auch Familienpolitik. Auch die SP wird in der Europapolitik als kompetent und proeuropäisch wahrgenommen. Dies sollte die SP Schweiz nicht verspielen. Bei den Wahlen 2015 hat sich gezeigt, dass in keiner anderen Partei die Vorteile der Bilateralen so stark gewichtet werden wie in der SP.

Nadine Masshardt an Pascal Sciarini: Die SP hat ja am stärksten bei den gut gebildeten Städter/innen verloren. Wie erklären sie sich dies?

Pascal Sciarini: Die SP hat in den Städten verloren, in welchen sie am stärksten waren und die Grünen am stärksten gewonnen haben. Das beweist die massive Stimmenverschiebung von der SP zu den Grünen. Jede/r fünfte Wähler/in ist von 2015 zu 2019 von der SP zu den Grünen abgewandert. Das betrifft v.a. die jungen Gutgebildeten in den sozialen Milieus. Diese sind die Kernwähler/innenschaft der SP. Die Kernwähler/innenschaft von SP und Grüne sind praktisch identisch. 2019 haben viele davon als Signal für Klimapolitik Grüne gewählt. Die Erkenntnis, dass die SP in den unteren Schichten gewonnen hat, ist eine optische Täuschung. Dies erklärt sich dadurch, dass sie in den anderen Einkommenschichten verloren hat. Die SP soll sich nicht aus der Klimapolitik zurückziehen, weil dieses Thema noch jahrzehntelang aktuell sein wird. Doch sie kann sich von den Grünen davon unterscheiden, wie die soziale Frage in der Klimapolitik gewichtet wird. Umfragen zeigen, dass viele Grüne gewählt haben, aber bezüglich den Auswirkungen der konkreten Massnahmen auf die einzelnen Menschen skeptisch sind.

Nadine Masshardt an Stefan Keller: Wie beurteilen sie den Einfluss der Meinungsumfragen?

Stefan Keller: Diese haben einen Einfluss gewonnen, den ich nicht verstehe. Die Medien sind in einer schwierigen Situation: Sie haben immer weniger Mittel und beziehen sich je länger je mehr auf Expert/innen. Dies gibt eine gefährliche Eigendynamik. Medien berichten plötzlich gestützt auf Umfrageergebnisse, was eine Partei zu machen hat. Hier müssen die Parteien standfest bleiben. Denn diese Aussagen sind doch oft auch widersprüchlich.

Nadine Masshardt an Lisa Catena: Was können wir von den Grünen lernen?

Lisa Catena: Sie kommen frisch daher und es wird ihnen zugetraut, Lösungen für die Zukunft anzubieten. Das muss auch die SP wieder schaffen. Es gibt neben Klimapolitik auch viele anderen Themen: Schutz älterer Arbeitnehmenden, Krankenkassenprämien. Da muss die SP Lösungen anbieten.

Pascal Sciarini: Zum Image der SP: Sie wird als traditionelle Partei wahrgenommen und ist an vielen Schalthebeln der Macht. So ist die SP z.B. in den kantonalen Exekutiven übervertreten. Und diese Regierungsverantwortung hat auch ein Risiko der Verbürgerlichung. Die SP muss deshalb die Bodenhaftung auf dem Terrain behalten.

Stefan Keller: Ich konnte zum ersten Mal mit gutem Gewissen SP wählen mit so vielen guten, frechen, gescheiterten Frauen auf der Liste. Die SP hat doch viele gute junge Frauen, die freche Politik machen. Darauf könnt ihr doch vertrauen!

Silja Häusermann: Ich bin nicht einverstanden mit der Feststellung, dass nicht auf Meinungsumfragen geschaut werden soll. Es ist für die SP doch wichtig zu wissen, dass sie ein identisches Elektorat hat wie die Grünen. Die SP muss die Sorgen der Bevölkerung ins Zentrum stellen: Eine soziale Klimapolitik. Bei der Rentenfrage darf die SP nicht als Verhinderin dastehen. In der Familienpolitik muss die SP auch innovativer sein, z.B. bezüglich Kinderbetreuungsgutschriften.

Lisa Catena: Die SP darf sich durchaus auch von den Grünen distanzieren, sonst gibt es für mich ja keinen Grund, nicht mehr grün zu wählen. Die SP muss auch z.B. Migrationsthemen beackern. Wer, wenn nicht die SP soll dies tun?

Pascal Sciarini: Die Ausgangslage für die Linke in der neuen Legislatur ist viel besser als 2015. Mit einer breiten Allianz können Mehrheiten geschaffen werden.

Stefan Keller: Ich finde das Beunruhigendste an der Wahl, dass 55% der Bevölkerung nicht gewählt haben und 25% gar nicht wählen dürfen. Darum muss sich die SP kümmern, die SP muss sich für ein Ausländer/innenstimmrecht einsetzen.

Silja Häusermann: Ich sehe für die Anliegen der SP in den kommenden Jahren gute Aussichten. Einerseits hat die SP viel erfahreneres Personal als Grüne und Grünliberale. Ich kann nachvollziehen, dass sich die SP mit den Grünliberalen schwertut. Doch durch die GLP hat der progressive Flügel der FDP eine Auferstehung feiern können. Damit könnten neue Mehrheiten gemacht werden.

Nadine Masshardt dankt allen Teilnehmenden herzlich für ihre interessanten Überlegungen.

Allgemeine Diskussion

Kerstin Wenk, SP Basel-Stadt: Die SP Basel-Stadt hat bloss 0.5% verloren, die Grünen haben stark gewonnen. Die rot-grüne Listenverbindung kommt auf rund 52%. Die bürgerlichen Parteien haben

überwiegend verloren. Unsere Thesen dazu: In einem Stadtkanton gelten natürlich Besonderheiten. Die rot-grüne Listenverbindung ist trotz allen Differenzen unbestritten und hat sehr gut gespielt. Die Zusammenlegung mit den Regierungsratswahlen hat uns auch geholfen. Hilfreich war für uns, dass wir schon Jahre zuvor brennende Themen erfolgreich thematisiert haben: Wohnpolitik, Spitalpolitik, Annahme der JUSO-Topverdiener/innensteuer etc. Unser Parteipräsidium besteht einzig aus Gewerkschafter/innen. Wir sind klar links positioniert.

Carlo Lepori, 60+: Im Tessin hat die Linke sehr gut abgeschnitten, wir haben erstmals eine SP-Ständerätin. Gesamtschweizerisch müssen wir allerdings feststellen, dass alle Bundesratsparteien verloren haben. Obwohl wir eine Regierungspartei sind, müssen wir für unsere Visionen eintreten. Wir haben anders als unsere Schwesterparteien in Deutschland, Frankreich und Italien Visionen und diese müssen wir ins Zentrum stellen.

Rhiana Spring, SP Frauen*: Nach einem solchen Verlust müssen wir wieder aufstehen. Da können wir auch auf die SP Frauen* schauen. Viele Frauen haben gemeinsam Wahlkampf gemacht. Diese Frauen haben hart und im Team gearbeitet. Wir hatten auch noch nie so viele Frauen in der Regierung. Das hilft uns auch: Denn Frauen politisieren eher überparteilich und sozialer. Das kann uns helfen. Viele kandidierende Frauen haben sich für die Geschlechtergleichstellung eingesetzt, das hat ihnen geholfen und soll auch gefeiert werden. 19 SP-Frauen sind wiedergewählt worden, 6 Frauen wurden neugewählt. Mit 24 Frauen ist die SP-Fraktion im Nationalrat die mit dem höchsten Frauenanteil. Wir werden aus diesem Verlust gestärkt herauskommen.

Urs Huber, SP Solothurn: Obergösgen ist keine linke Hochburg, doch wir haben den höchsten Wähler/innenanteil von vielen. Wir brauchen keine Umfragen und Telefongespräche um herauszufinden, was den Menschen am Herzen liegt. Die Behauptung, die Leute hätten nun das Original, die Grünen gewählt, ist absurd: Wir haben schon Umweltpolitik gemacht, bevor die Grüne Partei gegründet wurde. Die Medien ignorieren das. Zu laut und zu provokativ sein, hilft nur einzelnen Kandidierenden, nicht aber der ganzen Partei. Wir reden als SP zu viel über Migrant/innen und zu wenig mit den Migrant/innen. Ich stehe für eine SP wo alle dabei sind. Auch als Gewerkschaftssekretär bin ich froh, dass wir einen liberalen Flügel haben.

Barbara Lanthemann, PS Valais Romand: Die SP Unterwallis hat bei diesen Wahlen gewonnen, was mich stolz macht. Die Leute sagen immer, die Krankenkassenprämien seien eines der zentralen Themen. Um unsere Krankenkassen-Initiative zu unterschreiben, sind die Leute Schlange gestanden. Trotzdem konnten wir diese Initiative nicht vor den Wahlen einreichen, das war eine verpasste Chance. Ich spreche hier nicht über die Grünen und die Ökologie. Ich spreche über die grossen Sorgen der Bevölkerung und das sind die Lebenshaltungskosten. Das ist unser Thema. Beim CO2-Gesetz müssen die Abgaben an die Bevölkerung zurückverteilt werden. Wir müssen eine soziale Umweltpolitik verteidigen. Wir sind auch keine überalterte Partei. Wir haben sehr viele junge Aktivist/innen. Wir müssen nicht nur intern diskutieren, sondern uns auf der Strasse engagieren.

Günter Baigger, SP Kanton Luzern: Wir haben seit Jahren Produktivitätssteigerungen. Diese führten früher zu Wohlstandssteigerungen. Das ist allerdings nicht mehr so. Das ist ein grosses Problem. Es gab in den letzten Jahren reale Lohnsenkungen, ebenfalls bei den Renten. Das führt zu einem Wohlstandsverlust. Das müssen wir aufzeigen und uns dagegen zur Wehr setzen.

Ronja Jansen, JUSO: Ja, diese Wahlen waren geprägt von der Klimafrage. Doch wir machen es uns zu einfach, wenn wir uns hinter äusseren Umständen verstecken. Wir müssen uns heute die Frage stellen, wie wir diese äusseren Umständen hätten beeinflussen können. Wir müssen uns nicht bemühen zu sagen, dass wir die besseren Grünen sind, wir müssen uns auch nicht krampfhaft von den

Grünen abgrenzen. Wir müssen aufzeigen, wer für die Folgen der Klimakatastrophe bezahlt, und das sind die Armen und nicht die Reichen. Wir können die Klimakatastrophe nicht abwenden, solange die Reichen alles bestimmen. Die SP darf keine Verwalterin der bürgerlichen Politik sein. Wir müssen Alternativen zeigen, und den Leuten Hoffnung geben. Wir sind die Partei der Hoffnung. Wir müssen Menschen wieder Hoffnung geben, die diese verloren haben. Dafür brauchen wir zwei Dinge: Wir müssen Alternativen aufzeigen, wir müssen die Behauptung der Bürgerlichen der Alternativlosigkeit demaskieren. Und wir müssen die Mitbestimmung der Mitglieder in der Partei stärken.

Martin Schwab, SP Biel/Seeland: Wir haben intern ein Problem: Uns ist es nicht gelungen aufzuzeigen, wie drastisch die Klimakatastrophe ist. Wir haben bei den Jugendlichen verloren, das müssen wir verbessern. Leute, die sich engagieren möchten, müssen gefördert werden. Wir müssen alle Bewegungen in der Partei einbinden. Ich kündige hiermit meine Kandidatur für das Parteipräsidium an.

Yvonne Beutler, SP Kanton Zürich: Die Positionierung der SP im Rechts-Links-Schema ist tatsächlich ein Thema. Ich habe bei Exekutivwahlen immer sehr gute Resultate erzielt, auch in der Mitte. Der sozialliberale Flügel teilt die Grundwerte der SP, allerdings mit Augenmass. Wir haben Wähler/innen verloren, weil sie die Gewerkschaften als zu dominant betrachten und die Position zum Rahmenabkommen kritisch sehen. Diese Leute haben wir an die GLP verschenkt. Das müssen wir korrigieren. Die Breite unserer Partei braucht mehr Sichtbarkeit. Die Wahl unseres neuen Parteipräsidiums ist dafür eine Chance. Ein Vogel mit einem schwachen rechten Flügel dreht sich im Kreis. Sorgen wir dafür dass er nicht abstürzt.

Michel Zimmermann, SP Kanton Genf: Es ist nun mal eine Tatsache, dass die SP eine schwere Wahlniederlage erlitten hat. Einige sehen den Grund dafür im Hitzesommer, andere in der institutionellen Verflechtung der Partei. Das sind Ausreden: Wir unterstützen die Bürgerlichen zu stark. Unsere Bundesrät/innen politisieren zu unsozial. Wir haben die STAF unterstützt. Das war ein Fehler. Denn diese Reform zeigt nun negative Folgen. Was kommt noch von den SP-Bundesrät/innen: Eine Rentenreform mit einer Frauenrenteralterhöhung und eine Strommarktliberalisierung? Wir müssen hier einen Wendepunkt machen. Die Basis muss einbezogen werden. Sonst kann es uns so ergehen wie der SPD, der PS France oder der PASOK in Griechenland.

Mirjam Veglio, SP Kanton Bern: Ich mag keine Beerdigungen und schliesse mich hier keiner Totengräber/innenstimmung an. Doch wir müssen feststellen, dass auch wir im Kanton Bern verloren haben. Wir haben 1 ½ Jahre zuvor die Grossratswahlen gewonnen und stark zugelegt. Dort haben wir ein Sparpaket der bürgerlichen Regierung bekämpft. Wir waren überrascht vom negativen Wahlergebnis. Denn wir gingen mit populären Themen auf die Strassen. Doch wir wurden nicht gehört. Wir haben viele Stimmen an die Grünen verloren. In der SP Kanton Bern haben wir ähnliche Schlussfolgerungen gezogen wie die SP Schweiz. Die deutliche Wahl von Hans Stöckli in den Ständerat ist ein Lichtblick. Wir müssen vermehrt mit dem SP-Kernanliegen der sozialen Gerechtigkeit punkten und auch mit der sozialverträglichen Umsetzung der Klimapolitik.

Mike-Justin Kabongi, SP Migrant/innen: Meine Sicht als jemand, der das erste Mal für den Nationalrat kandidiert hat: Ich bin bei der SP, weil es die einzige Partei ist, die soziale Gerechtigkeit thematisiert und Migrant/innen fördert. Wir haben allerdings die Sorgen der Migrationsbevölkerung zu wenig thematisiert: Integration, Bildung, Religionspolitik etc. Diese Themen müssen von der SP aufgenommen werden, um bei den Migrant/innen besser abschneiden zu können. Es gibt nicht nur Klimapolitik: Familienpolitik, Polizeigewalt, Arbeitslosigkeit in der Migrationsbevölkerung etc. Zum Thema Einbürgerung: Auch hier müssen wir uns stärker engagieren, das sind unsere zukünftigen Wähler/innen.

Rolf Zimmermann, 60+: Ich danke für das hervorragende Podium von vorher. Ich hoffe sehr, dass diese Erkenntnisse in die weitere Analyse einfließen. Ich bin erstaunt, wie stark aus dem Kanton Zürich auch auf Regierungsebene Levrat-Bashing betrieben wird. Christian Levrat hat hervorragende Arbeit geleistet. Doch ich bin mit der Analyse nicht einverstanden, dass wir die Wahlen gewonnen hätten. Denn nur rote Linksrutsche sind richtige Linksrutsche. Deshalb waren mindestens zwei Wahlkampflinien falsch: Wir haben immer nur vom Linksrutsch gesprochen und damit suggeriert, dass es egal sei, ob SP oder Grün gewählt wird. Und die Thematisierung des Marshall-Plans hat eher den Grünen geholfen. Wir hätten vielmehr soziale Themen pushen müssen. Wir hätten die Rentenfrage offensiv thematisieren müssen. Und auch die Krankenkassenprämien hätten wir stärker ins Zentrum setzen müssen. Unsere hervorragende Initiative hätten wir vor den Wahlen einreichen müssen. Und im Zuge des Frauenstreiks hätten wir auch die Frage der Lohnungleichheit offensiver thematisieren müssen.

Silvia Locatelli, PS Neuchâtel: Wir müssen uns auch kritisch mit unseren Positionen auseinandersetzen. Die Grünen werden verständlicherweise als ökologische Partei wahrgenommen. Doch wir sind nicht die Grünen, wir sind die SP. Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit und darauf müssen wir uns fokussieren. Wir müssen die Umverteilung, die Krankenkassenprämien und die soziale Frage allgemein thematisieren. Wir dürfen keine Kompromisse bei der sozialen Frage machen.

Mattea Meyer, Fraktion: Die Abwahl von bisherigen Nationalrät/innen schmerzt mich sehr. Und ich freue mich auf die Neugewählten. Die Klimakrise war sehr dominant und deshalb ist der grüne Wahlsieg gewissermassen auch logisch. Unsere Wähler/innen fordern von uns nun mutige Schritte. Und wenn wir wieder stärker werden wollen, müssen wir tatsächlich mutiger werden. Eine mutigere Politik braucht aber auch grosse Ideen, nicht nur Arbeit in parlamentarischen Kommissionen. Es kann doch nicht sein, dass es in der reichen Schweiz nicht genügend Geld gibt, um eine sinnvolle Klimapolitik zu betreiben. Die Nachwahlbefragung hat gezeigt, dass wir in den unteren Schichten wieder gewonnen haben. Diese Leute wählen uns, weil sie wissen, dass wir uns für ihre Anliegen einsetzen.

Darius Boozarjomehri, JUSO: Wir haben ein progressiveres Parlament als zuvor, das ist positiv. Trotzdem haben wir als Partei verloren. Und wir müssen schauen, dass wir dies ändern können. Wir sind eine Politik der Aktivist/innen. Das ist unser Schlüssel zum Erfolg. So hat die JUSO auch deshalb gewonnen, weil wir keine Konzessionen an die neoliberale Politik machen und weil wir eine radikale Alternative präsentieren. Davon profitiert auch die SP. Wir haben im Wahlkampf stark mit der SP zusammengearbeitet und das muss beibehalten werden.

Franziska Roth, SP Kanton Solothurn: Am Familientisch darf man auch Klartext reden: Unsere Farbe fusst auf der Arbeiter/innenbewegung. Rot steht für Leidenschaft. Und wir müssen die Leidenschaft besser zelebrieren. Unsere Sitzungen müssen eigentlich auf der Strasse beginnen. Rot steht auch für Empörung. Ich bin wütend, weil wir die Wahlen verloren haben. Das ist eine Katastrophe und das müssen wir auch sagen. Die politische Wetterlage ist gut, sie ist jung und weiblich. Die Frauen sind die Zukunft der Partei. Männer und Frauen müssen den Wert der Umverteilung wieder leidenschaftlich propagieren. Wir müssen den Bürgerlichen auch vor laufender Kamera unbequeme Frage stellen. Wir sind die Partei mit dem Herz am richtigen Fleck. Wir müssen nur in eine Richtung gehen: Nach vorne.

Benoit Piller, PS Fribourg: In Freiburg wurden alle unsere Bisherigen wiedergewählt und die Linken haben einen Sitz gewonnen. Wir sind nun die stärkste Partei im Kanton. Wir müssen aufzeigen, dass wir soziale Antworten auf die aktuellen Fragen haben: Klimapolitik, Gesundheitspolitik, Schutz älterer Arbeitnehmenden.

Christian Levrat, Präsident: Ich danke herzlich für die gute Diskussion. Diese ist wichtig für die weitere Analyse. Die für mich wichtigsten Elemente: Zur Kritik, wir hätten keinen Blockwahlkampf machen sollen und vielmehr Unterschiede zwischen SP und Grünen aufzeigen sollen. Doch ein reiner Parteiwahlkampf hätte vielleicht zu einem stärkeren Ergebnis der SP, allerdings zu einem schlechteren der gesamten Linken geführt. Zur Analyse, es sei uns nicht gelungen, unsere Themen wie z.B. Gesundheitspolitik und Sozialpolitik in die Öffentlichkeit zu bringen: Das haben wir versucht, es ist uns allerdings nicht gelungen. Die Medien haben sehr stark auf die Klimapolitik fokussiert. Zu Yvonne Beutler: Wir sind uns alle einig, dass wir mehrere Flügel brauchen. Doch das geht nicht über Artenschutz. Ich fordere alle Flügel der Partei auf, sich parteiintern zu engagieren. Das ist nicht die Verantwortung der Parteiführung. Vergesst nicht: die sozialliberale Diskussion ist nicht neu: Die Gründung der SP beruht auf zwei gesellschaftlichen Gruppen: Die Arbeiter/innenbewegung und der Grütli-Verein des Bildungsbürgertums. Diese zwei Flügel gehören deshalb seit jeher zur Identität der Partei. Deshalb ist ein verstärktes Engagement des sozialliberalen Flügels sehr willkommen. Ich bin nicht sicher, ob eine noch kompromisslosere Politik erfolgreicher gewesen wäre: ich bin nicht sicher, ob die SP Genf sich bei ihrem NEIN zur Altersvorsorge 2020 richtig entschieden hat, schliesslich haben sie bei den Wahlen stark verloren. Es ist nicht so einfach, dass Erfolge immer der Kantonalpartei zugeschrieben werden können und Verluste der SP Schweiz. Unsere Aufgabe muss es nun sein, das neue Parlament zu nutzen, um möglichst viel von unserer Politik verwirklichen zu können. Wir müssen einerseits schonungslos die Gründe für unsere Wahlniederlage analysieren, andererseits in der neuen Legislatur mit voller Kraft möglichst viel unserer Politik zu verwirklichen. Das ist die Chance unseres Lebens.

Vorstellung der Neugewählten

Rebekka Wyler: Alle Neugewählten stellen nun der Reihe nach Fragen an ihre Kolleg/innen. Elisabeth Baume-Schneider, Christian Dandrès und Bruno Storni mussten sich leider entschuldigen.

Franziska Roth an Céline Widmer: Was versuchst du als erstes in der Session herauszufinden?

Céline Widmer: Wie man technisch richtig abstimmt. Und inhaltlich: Der Schweizer Finanzplatz muss ökologischer werden.

Céline Widmer an Sandra Locher Benguerel: Was ist für dich das wichtigste Gleichstellungsanliegen?

Sandra Locher Benguerel: Das ist die Lohngleichheit. Diese ist keine Verhandlungssache, darunter leiden die Frauen auch in der Altersvorsorge. Es braucht bessere Bezahlung der frauentypischen Berufe und mehr Lohntransparenz.

Sandra Locher Benguerel an Jon Pult: Was sind die Herausforderungen der viersprachigen Schweiz?

Jon Pult: Die sprachliche Vielfalt ist eine riesige Chance für die Schweiz. Doch die Vielsprachigkeit hat auch eine migrationspolitische Perspektive: Wir müssen uns für das Ausländer/innenstimmrecht einsetzen.

Jon Pult an Tamara Funicello: Die JUSO sieht sich als Stachel im Arsch der SP. Wie willst du dies im Bundeshaus umsetzen?

Tamara Funicello: Ich versuche, die Politik der SP möglichst konsequent umsetzen.

Tamara Funicello an Mustafa Atici: Was willst du für die Migrant/innen tun?

Mustafa Atici: Die Chancenungleichheit der Migrant/innen in der Bildung muss klar bekämpft werden.

Mustafa Atici an Gabriela Suter: Was müssen wir als erstes in der Klimapolitik machen?

Gabriela Suter: Wir müssen die Gunst der Stunde nutzen, das CO₂-Gesetz in der Frühlingssession gut beraten und danach eine Offensive für einen ökologischen Finanzplatz starten.

Gabriela Suter an Eva Herzog: Was packst du im Ständerat als erstes an?

Eva Herzog: Es wird zuerst darum gehen, mich an die Parlamentsarbeit zu gewöhnen. Wichtig ist eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Grünen.

Eva Herzog an Baptiste Hurni: Was sind die Schwerpunkte für die SP in der Romandie?

Baptiste Hurni; Wir müssen uns gesamtschweizerisch für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen einsetzen.

Baptiste Hurni an Franziska Roth: Warum bist du der SP eingetreten?

Franziska Roth: Weil ich gerne für Menschen kämpfe. Ich war als Kind mit Kindern aus Migrantenfamilien und behinderten Kindern befreundet. Das hat mich sehr geprägt. Das Engagement für Menschlichkeit verbindet uns Sozialdemokrat/innen.

Roger Nordmann: Wir müssen klar sein: Die Lage hat sich im Nationalrat verbessert und blieb im Ständerat etwa gleich. Wir haben super Neugewählte und eine starke Fraktion. Wir müssen nun Ergebnisse liefern und werden in vier Jahren daran gemessen werden. Die wichtigsten Themen sind: Renten, Klimapolitik, Gesundheitspolitik und Europapolitik. Kopf hoch und an die Arbeit!

5. Rede Simonetta Sommaruga, Bundesrätin

Simonetta Sommaruga, Bundesrätin:

Klimapolitik für Arbeitsplätze und Service Public

Die Wintersession steht bevor. Jetzt muss es mit der Klima- und Energiepolitik vorwärts gehen.

Das funktioniert nur, wenn wir den Menschen zeigen können, dass nicht nur die Umwelt profitiert, sondern dass auch sie etwas davon haben.

Darum müssen wir aufzeigen, dass man mit einer geschickten Klimapolitik neue Arbeitsplätze schafft und den Service Public stärkt. Die Bevölkerung soll sehen, dass Klimapolitik zum Beispiel heisst: ihre Gemeinde investiert in ein Fernwärmenetz, Zugverbindungen werden ausgebaut und rund um die Sonnenenergie entstehen neue Arbeitsplätze. Dann ist die Bevölkerung dabei.

Wisst Ihr eigentlich, wer unsere grössten Öl-Lieferanten sind? Nigeria, Libyen und Kasachstan. Dieses Öl kostet uns jedes Jahr Milliarden von Franken. Statt dieses Geld ins Ausland zu pumpen, würden wir es besser hier in der Schweiz investieren. Dann lösen wir hier in der Schweiz Aufträge aus und schaffen neue Arbeitsplätze.

Mehr Sonnenenergie

In welche Richtung die Reise geht, liegt darum für mich auf der Hand: Wir müssen unsere Abhängigkeit vom teuren ausländischen Öl reduzieren. Stattdessen brauchen wir mehr sauberen Strom aus der Schweiz.

Das Potential jedenfalls ist enorm: Allein auf den geeigneten Dächern in unserem Land können wir mit Sonnenenergie doppelt so viel Strom produzieren wie heute alle Atomkraftwerke zusammen.

Und wer behauptet, Sonnenstrom sei teuer, ist nicht mehr auf dem neusten Stand. Solarstrom ist heute ebenso günstig zu haben wie Strom aus anderen Quellen. Im Unterschied zum AKW-Strom

hinterlässt eine Solaranlage nachher aber nicht noch Abfälle, die man für Milliarden von Franken entsorgen muss.

Wir haben jetzt die Gelegenheit, die Energiepolitik zu machen, die wir seit Langem fordern: Sonne statt Öl, Wasser statt AKW. Diese Chance will ich packen.

Neues Energiegesetz

Einen ersten Schritt habe ich bereits gemacht.

Vor wenigen Wochen hat der Bundesrat entschieden, dass wir stärker auf Sonnenenergie und Wasserkraft setzen.

Die Wasserkraft bleibt das Rückgrat unserer Stromversorgung. Und die Sonnenenergie soll uns zusätzlichen sauberen Strom liefern. Dafür wird der Bundesrat die nötigen Fördermittel bereitstellen.

Natürlich gefällt das nicht allen.

Da sind wir von der SP gefordert. Und gleichzeitig ist das unsere Chance. Denn wir wissen, wie man Sonne und Wasser richtig fördert, und wir wissen, wie man ein solches Paket durchs Parlament bringt. Und wenn ich schaue, wie unsere Leute im Parlament aufgestellt sind, dann muss ich sagen: Das kommt gut. Denn wir haben die richtigen Leute am richtigen Ort. Dank ihrer Kompetenz und ihrem politischen Geschick bringen wir die Sonnenenergie vorwärts.

Mehrheiten beim CO₂-Gesetz

Wenn wir in Zukunft Öl und Gas vermehrt durch Strom ersetzen wollen, dann brauchen wir den sauberen Strom aus der Schweiz. Das gehört zu einer glaubwürdigen Klimapolitik.

Wir brauchen aber auch einen effizienten Umgang mit der Energie. So reduzieren wir den CO₂-Ausstoss. Wenn wir zum Beispiel unsere Gebäude besser isolieren, dann sinken die Kosten fürs Heizen – das heisst: die Bevölkerung spart Geld.

Und auch hier profitieren unsere Firmen. Elektriker oder Planer. So entstehen Arbeitsplätze in der Schweiz. Arbeitsplätze mit Zukunft.

Der Hebel dafür ist das CO₂-Gesetz.

Das Gesetz hat eine schwierige Vorgeschichte. Letztes Jahr ist es im Nationalrat abgestürzt. Mittlerweile sind wir wieder auf Kurs. Auch dank unseren Leuten im Parlament. Sie haben mitgeholfen, dass die Vorlage mehrheitsfähig wird.

Auch beim CO₂-Gesetz ist klar: Wir müssen vorwärts machen. Und zwar rasch. Und damit es in der Umweltpolitik vorwärtsgeht, braucht es unsere Partei.

Alpeninitiative und Verlagerungspolitik

Das war früher schon so. Und so ist es heute noch. Denkt nur an die Alpeninitiative.

Unsere Leute haben damals den Abstimmungskampf geprägt und die Bevölkerung überzeugt, dass die Schweiz eine Kursänderung braucht in der Verkehrspolitik.

Jetzt setzen wir ihre Arbeit fort. Und damit es auch wirklich vorwärts geht, hat die Bündner Bevölkerung extra zwei neue SP-Mitglieder nach Bern in den Nationalrat geschickt.

Ich habe jedenfalls mit der Arbeit schon angefangen.

Der Bundesrat hat einem Massnahmenpaket zugestimmt, mit dem wir die Schiene billiger und schmutzige Lastwagen teurer machen.

So bringen wir noch mehr Güter weg von Strasse auf die Schiene. So, wie es die Alpeninitiative verlangt, und so, wie es die SP seit langem fordert.

Liebe Genossinnen und Genossen

Seit ich in der SP bin, und das ist jetzt schon eine ganze Weile, führen wir intern lebhaftere Diskussionen über Strategien und Inhalte.

Für mich hat das die SP immer ausgezeichnet. Diskussionen stören nicht, sondern bringen uns weiter, wenn wir unsere Aufgabe gut machen wollen. Und unsere Aufgabe ist, Mehrheiten zu finden für Lösungen, die das ganze Land vorwärtsbringen.

Nun können wir der Bevölkerung zeigen, was wir drauf haben.

6. Initiativprojekte zu Elternzeit und Lohngleichheit

R-1 der Geschäftsleitung: Den Schwung des Frauenstreiks aufnehmen! Es braucht endlich Vereinbarkeit – und endlich Lohngleichheit

Rebekka Wyler: Beim Online-Voting sind die Themen Lohngleichheit und Elternzeit oben ausgeschwungen. Die Parteileitung hat sich gestützt darauf mit verbündeten Organisationen getroffen, um eine gemeinsame Initiative zu lancieren. Mit dem Referendum gegen den Vaterschaftsurlaubsbeschluss des Parlaments hat sich die Ausgangslage leicht verändert. Wir werden allerdings diese Gespräche weiterführen und voraussichtlich am nächsten Parteitag Ergebnisse abliefern. Zur Lohngleichheit: Der SGB führt dazu ein grosses Projekt und auch da sind wir dabei. Die Geschäftsleitung beantragt, diese Gespräche weiterzuführen.

Angelo Barrile, Fraktion: Ich unterstütze diese Resolution. Mir ist es aber sehr wichtig zu betonen, dass bei der Elternzeit der Mutterschutz von 14 Wochen keinesfalls angetastet werden darf.

Rebekka Wyler: Das ist für uns selbstverständlich.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung nimmt die Resolution einstimmig und ohne Enthaltungen an.

7. Statutarische Geschäfte

Genehmigung Jahresrechnung 2018

Rebekka Wyler: Wir bedanken uns bei unserer Finanzchefin Karin Mader für ihre hervorragende Arbeit. Wir schliessen die Rechnung mit einer schwarzen Null ab. Die Mitgliederbeiträge sind leicht gesunken. Die Personalkosten sind aufgrund der Prämientlastungs-Initiative und des Frauenjahrs leicht gestiegen. Die Finanzkommission und Revisionsstelle haben die Jahresrechnung positiv geprüft und beantragen Genehmigung

Empfehlung der Geschäftsleitung: Genehmigung Jahresrechnung 2018.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung genehmigt die Jahresrechnung 2018 einstimmig und ohne Enthaltungen.

Budget 2020

Rebekka Wyler: Es handelt sich um ein Nachwahljahrbudget. Wir haben wieder eine schwarze Null budgetiert. Wir haben auch Mittel für den Abstimmungskampf für die Transparenz-Initiative eingestellt, die voraussichtlich im Herbst oder Winter 2020 zur Abstimmung kommen wird.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung nimmt das Budget 2020 einstimmig und ohne Enthaltungen an.

Nachtragskredit für Abstimmungskampagnen 2020

Michael Sorg: Mittlerweile ist auch klar, welche für uns wichtigen Abstimmungen im 2020 aktuell werden: Reichen-Bonus-Referendum, Kampffjet-Referendum und Zivildienstgesetzreferendum. Dafür brauchen wir einen Nachtragskredit.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung nimmt den Nachtragskredit für die Abstimmungskampagnen 2020 einstimmig und ohne Enthaltungen an.

Wahl der Revisionsstelle 2019-2020

Rebekka Wyler: Die Geschäftsleitung schlägt euch als Revisionsstelle die Bero Treuhand AG aus Gelterkinden vor.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung wählt die Bero Treuhand AG, Gelterkinden einstimmig und ohne Enthaltungen zur Revisionsstelle für den Zeitraum von 2019 bis 2020.

8. Referenden

Nein zum Steuerbonus für reiche Eltern

Ada Marra: Bei dieser Vorlage geht es um unseren Slogan „für alle statt für wenige“. Die SP ist nicht gegen Reiche, doch für eine faire Besteuerung der Reichen. Bereits das Ausgangsprojekt des Bundesrates hätte nur wenige Reiche bessergestellt. Doch die CVP hat im Nationalrat den Steuerabzug massiv erhöht, auch für Eltern, die ihre Kinder nicht fremdbetreuen. Die neue Vorlage des Parlaments zeigt noch viel deutlicher, dass nur die Reichen übermässig stark profitieren. Wir müssen auch betonen, dass 45% der Familien keine Bundessteuern zahlen und diese von dieser Vorlage deshalb überhaupt nicht profitieren. Vielmehr wäre diese Vorlage mit mindestens 370 Millionen Steuerverlust verbunden, davon mindestens 70 Millionen für die Kantone. Das wäre nicht zu verkraften. Eine wirksame Familienpolitik geht eben nicht über die Steuern. Wir haben aktuell 45'000 Unterschriften, brauchen aber noch rund 10'000. Deshalb sind wir alle nochmals gefordert.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Unterstützung des Referendums (gemäss Statuten 2/3 Mehrheit).

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung unterstützt das Referendum einstimmig und ohne Enthaltungen.

Änderung des Zivildienstgesetzes

Pierre-Alain Fridez, Fraktion: Der Zivildienst ist eine Erfolgsgeschichte. Seit der Einführung des Tatbeweises gibt es jährlich 5'000 bis 6'000 neue Zulassungen pro Jahr. Jährlich werden rund 1.8 Millionen Dienstage geleistet. Das ist für den Zusammenhalt einer solidarischen Schweiz sehr wichtig. Auch deshalb attackieren rechtsbürgerliche Kreise diese Erfolgsgeschichte. Sie argumentieren, dass der Zivildienst die Armeebestände gefährden könnte. Doch das ist falsch. Denn die Armeebestände sind gesichert. Die von der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates vorgeschlagenen Verschärfungen sind eine Katastrophe und unsinnig. Die Zivildienstleistenden würden bestraft, was das internationale Recht und die Bundesverfassung verletzt, die beiden einen bestrafungsfreien Zugang zum Zivildienst garantieren.

Carlo Lepori: Ich habe 1996 für die Einführung des Zivildienstes gekämpft und habe selbst auch Gewissensprüfungen durchgeführt. Ich war deshalb sehr froh um die Einführung des Tatbeweises. Dass die Armeedienstleistenden schlechte Erfahrungen machen und dann in den Zivildienst wechseln, ist nicht unser Problem. Die Frage der Dienstuntauglichkeit ist tatsächlich ein Problem, doch das hat nichts mit dem Zivildienst zu tun. Anstatt dieses Problem zu lösen, ist das Parlament gegen die ehrlichen Zivildienstleistenden vorgegangen.

Matthieu Béguelin, PS Neuchâtel: Ich habe selbst die Gewissensprüfung absolviert. Doch das ist absurd. Denn Zivildienstleistende wollen sich für den Zusammenhalt der Gesellschaft engagieren. Deshalb ist es falsch, ihnen noch mehr Hürden in den Weg zu legen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Falls der Nationalrat an den klar grundrechtswidrigen Massnahmen 1, 2 und 5 festhält, so unterstützt die SP die Lancierung des Referendums „Rettet den Zivildienst!“ und beschliesst die NEIN-Parole zur Änderung des Zivildienstgesetzes. (gemäss Statuten 2/3 Mehrheit).

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung unterstützt die Lancierung des Referendums und die NEIN-Parole zur Änderung des Zivildienstgesetzes einstimmig und ohne Enthaltungen.

Planungsbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

Priska Seiler Graf, Fraktion: 6 Milliarden wollen Bundesrat und Parlament für neue Kampfflugzeuge ausgeben. Das ist sehr viel Geld, das an anderen Orten fehlt: Für die Klimawende, für Bildung usw. Und der Gipfel ist, dass wir nicht einmal wissen, wie dieses Geld ausgegeben werden soll. Der Planungsbeschluss ist ein Blankocheck. Wir kaufen die Katze im Sack. Doch das hat auch eine politische Komponente: Wollen wir ein europäisches oder US-Amerikanisches Kampfflugzeug? Ein UA-Amerikanisches Kampfflugzeug wäre sicherheitspolitisch heikel. Die SP hat deshalb ein Alternativkonzept ausgearbeitet. Denn für die Luftüberwachung braucht es einen Kampffjet, das ist unbestritten und das sagt auch die GSoA. Doch unser Modell würde nur die Hälfte kosten. Die Luxusvariante des VBS ist für ein unrealistisches Bedrohungsszenario gedacht. Wer sollte uns denn angreifen? Die Polizei geht auch nicht mit dem Lamborghini auf Streife. Unsere leichten Kampfflugzeuge wären

auch leiser und ökologischer. Diese Kampffjetbeschaffung erinnert mich an einen Gang mit meinem Sohn durch den Franz-Carl-Weber: Es muss immer das teuerste Geschenk sein. Das ist aber unsinnig.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Hält der Nationalrat am inhaltsleeren Planungsbeschluss zur Beschaffung von Luxus-Höchstleistungskampfflugzeugen für sechs Milliarden fest und lehnt die SP-Anträge für die Nutzungsdauerverlängerung der vorhandenen F/A-18 Hornet mittels eines leichten Kampfflugzeuges für alltägliche Luftpolizei und für einen besseren Radar, bessere Führungssysteme und bessere bodengestützte Verteidigung ab, so unterstützt die SP die Lancierung des Referendums (gemäss Statuten 2/3 Mehrheit) und beschliesst die NEIN-Parole zum Planungsbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung unterstützt die Lancierung des Referendums und beschliesst die NEIN-Parole zum Planungsbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge einstimmig und ohne Enthaltungen.

Referendum gegen das «Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste» (E-ID-Gesetz)

Min Li Marti: Wenn wir einen neuen Pass brauchen, gehen wir doch zum Passbüro und nicht zur UBS oder zu einer Versicherung. Doch nach dem Willen des Parlaments soll bei der elektronischen Variante, der E-ID, Private dies tun. Begründung: Der Staat kann dies nicht und die Privaten können dies sowieso besser. Die SP hat bereits in der Vernehmlassung gefordert, dass die Herausgabe der E-ID eine hoheitliche Aufgabe sein soll. Damals haben z.B. auch die CVP und die BDP dies gefordert. Doch nach dem Lobbyieren der privaten Herausgeber/innen von elektronischen Identifizierungsdiensten sind diese umgeschwenkt. Es droht ein privates Monopol. Im 19. Jahrhundert waren sich alle einig, dass Aufgaben im öffentlichen Interesse Staatsaufgaben sein müssen und wir keine Privatmonopole wollen. Dies muss auch bei der E-ID gelten. Deshalb hat die SP-Fraktion die Vorlage abgelehnt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Unterstützung des Referendums (gemäss Statuten 2/3 Mehrheit).

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung beschliesst die Unterstützung des Referendums gegen das E-ID-Gesetz einstimmig und ohne Enthaltungen.

Jagdgesetz – Unterstützung des von den Naturschutzorganisationen ergriffenen Referendums

Silva Semadeni, SP Kanton Graubünden: Wir setzen uns für das Leben der Tiere ein. Die Umweltverbände haben bereits 70'000 Unterschriften gesammelt. Das Referendum wird also zustande kommen. Die Revision des Jagdgesetzes ist sehr einseitig ausgefallen. Der Tierschutz wird abgebaut. Wildtiere sollen sogar präventiv abgeschossen werden dürfen, insbesondere Wölfe. Dies kann aber auch andere Wildtiere betreffen wie Luchse, Biber etc. Auch für die Biodiversität ist ein sorgsamer Umgang mit den Wildtieren wichtig.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Unterstützung des Referendums (gemäss Statuten 2/3 Mehrheit).

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung unterstützt das Referendum gegen das neue Jagdgesetz einstimmig bei zwei Enthaltungen.

9. Parolenfassung für die eidg. Abstimmung am 9. Februar 2020

Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung)

Mathias Reynard, Fraktion: Es dauerte 6 Jahre bis wir das Parlament überzeugen konnten. Rechts-extreme Kreise haben dagegen das Referendum ergriffen und mit teilweise betrügerischen Machenschaften Unterschriften gesammelt. Wir haben eine strafrechtliche Lücke: Homophobie gegen einzelne Personen ist strafbar, nicht aber gegen homo- und bisexuelle Menschen als Kollektiv. Diese Lücke muss geschlossen werden. Ein Ja ist ein Zeichen für Toleranz und Menschenrechte. Wir müssen uns im Abstimmungskampf engagieren, denn dieser Kampf ist noch nicht gewonnen.

Flavia Wasserfallen, Fraktion: Wir kennen Fälle von homosexuellen Menschen, die in der Öffentlichkeit tätlich angegriffen werden. Es gibt Homosexuelle, die nachts nur noch mit dem Taxi unterwegs sind. Und diese Gewalt beginnt mit hetzerischen Worten. Diese müssen verboten werden. Und dafür brauchen wir den Einsatz von euch allen. Ich habe an der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz die Ja-Parole vertreten. Es war erschreckend, welche Worte dort gefallen sind. So hat eine SVP-Nationalrätin die Frage in den Raum gestellt, ob dadurch auch Pädophilie geschützt würde. Das ist Schrott. Wie bei der Einführung der Anti-Rassismus-Strafnorm wird mit Maulkorb argumentiert. Doch wir wissen, dass dies nicht eingetreten ist.

Angelo Barrile, Fraktion: Die Voten von Mathias Reynard und Flavia Wasserfallen waren sehr berührend. Ich wurde vor 20 Jahren ebenfalls Opfer eines *hate crimes*. Niemand hat dagegen eingegriffen. Natürlich ist das strafbar. Doch es beginnt früher. Ich werde oft verbal beschimpft, als abartig und pädophil. Ich als Nationalrat kann damit umgehen, doch viele Menschen leiden im Stillen. Wir brauchen nun die Solidarität von allen nicht LGB-Menschen, um ein Ja zu erreichen. Wir sind dafür in der richtigen Partei. Wir brauchen eure Unterstützung.

Andrea Simonett, JUSO: Ich zweifle keinen Moment daran, dass die SP Schweiz sich für den Diskriminierungsschutz einsetzt. Meine politische Heimat wird sich hier für diese Minderheit einsetzen. Doch lasst uns bewusst sein, dass dieser Zusatz bloss ein kleiner Schritt in die richtige Richtung ist. So haben die rechtsbürgerlichen Männer im Parlament den Schutz von Transmenschen herausgestrichen. Deshalb mein Aufruf an alle: Eine SP, die die rosa-Liste bekämpft hat, kämpft heute für die LGBTQI-Menschen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ja-Parole.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung beschliesst die Ja-Parole mit 165 Stimmen zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen

Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»

Carlo Sommaruga, Fraktion: Die Höhe der Wohnungsmieten ist ein grosses Problem in der Schweiz für viele Haushalte, der Bundesrat negiert dies. Deshalb braucht es unsere Volksinitiative. Die Statistiken des Bundes zeigen, dass jährlich die Mieten steigen. Unsere Initiative fordert die verstärkte Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Der Kampf für unsere Volksinitiative wird schwierig werden. Doch dies ist die erste sozialpolitische Vorlage in der neuen Legislatur und da müssen wir ein gutes Ergebnis erzielen.

Ronja Jansen, JUSO: Wohnen ist eine Notwendigkeit und ein Grundrecht. Und mit dieser Notwendigkeit wird heute viel Gewinn gemacht. Es wird gesagt, das würde der Markt regeln. Das ist zynisch. Der heutige Wohnungsmarkt ist nicht richtig reguliert. Deshalb braucht es diese Initiative. Das ist unser Kerngeschäft und keine Nebensächlichkeit.

Jean-Pierre Prodoliet, SP 60+: Wohnungsnot betrifft sehr stark auch ältere Menschen, deshalb braucht es ein JA zu dieser Initiative.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ja-Parole.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung beschliesst die Ja-Parole mit 155 Stimmen zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen.

10. Resolutionen, Anträge und Wahlgeschäfte

A-1 Ronja Jansen und andere: E-Voting Moratorium

Andreas von Gunten, SP Kanton Aargau: Die SP Schweiz hat sich bislang nicht durch eine umsichtige Digitalpolitik hervorgetan. Doch die Unterstützung des Referendums gegen das E-ID-Gesetz und die vorgesehene Gründung der Fachkommission Netzpolitik sind hoffnungsfrohe Zeichen. Ich anerkenne, dass der Bundesrat einen Marschhalt gemacht hat. Doch trotzdem ist es möglich, dass der Bundesrat später wieder einmal mit einer Vorlage kommen wird, welche privaten den Zugang zu unseren Stimmdaten ermöglicht. Deshalb braucht es die Moratoriums-Initiative, um dies konsequent verhindern zu können.

Dario Engeloch, SP Kanton Bern: Die Situation bei den Ständeratswahlen in Fribourg und die Probleme mit E-Voting in Genf zeigen, dass die Sicherheitsrisiken zu gross sind. Zudem gibt es Fälschungsrisiken. Deshalb muss auch allfälligen kantonalen Tests mit dieser Initiative ein Riegel vorgehoben werden.

Rolf Zimmermann, 60+: Die GL sagt, mit der Unterstützung dieses Antrags würde E-Voting auf lange Zeit verunmöglicht. Doch genau das ist richtig. Das Risiko eines Vertrauensverlustes ist zu gross.

Roger Nordmann für die Geschäftsleitung: In der SP ist man sehr kritisch mit E-Voting. Unter anderem weil mehrere Bedingungen nicht geklärt sind. Deshalb stellten wir uns in der Vernehmlassung auch gegen den Vorschlag des Bundesrats. Klar ist, dass es eine Lösung für die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer braucht. Die Geschäftsleitung schlägt eine einfache Lösung in folgendem Sinne vor: Falls der Bundesrat eine uns nicht genehme Variante präsentiert und diese im Parlament durchkommt, ergreifen wir das Referendum. Das ist ungleich weniger aufwändig, als eine präventive Volksinitiative. Wir dürfen unsere Kräfte nicht unnötig verzetteln. Auch wenn ich selber kritisch bin mit E-Voting, plädiere ich für die Ablehnung der Resolution.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung (gemäss Statuten 2/3 Mehrheit)

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung votiert mit 68 Ja Stimmen, 60 Nein Stimmen und 15 Enthaltungen für eine Unterstützung dieser Volksinitiative. Damit ist die notwendige 2/3 Mehrheit für die Unterstützung einer Volksinitiative nicht erreicht.

R-2a Kristina Schüpbach und andere: Keine Handelsabkommen ohne wirksamen Schutz von Mensch und Umwelt!

R-2b Gegenresolution der Geschäftsleitung: Keine Handelsabkommen ohne wirksamen Schutz von Mensch und Umwelt!

Kristina Schüpbach, SP Kanton Bern: Es stimmt, dass wir durch den Druck von SP und NGOs etwas erreichen konnten. Doch trotzdem ist mir nicht verständlich, warum die SP-Ständerät/innen die Freihandelsabkommen unterstützt haben und die Geschäftsleistung in ihrer Resolution die beiden Freihandelsabkommen so positiv darstellt.

Eric Nussbaumer, Fraktion spricht sich für die Ablehnung der Resolution R-2a aus.

Clément Bourgeaud, JUSO spricht sich für die Unterstützung der Resolution R-2a aus.

Fabian Molina, Fraktion spricht sich für die Unterstützung der Resolution R-2a aus.

Christian Levrat begründet die Empfehlung der Geschäftsleitung: Es ist zielführender, sich auf den Kampf gegen das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten zu konzentrieren.

Kristina Schüpbach erklärt den Rückzug der Resolution R2a.

Die Resolution R2a ist somit zurückgezogen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung der Resolution R-2a von Kristina Schüpbach und andere zugunsten der Resolution R-2b der Geschäftsleitung.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung nimmt die Resolution R-2b einstimmig und ohne Enthaltungen an.

R-3 Martine Docourt und andere: Klimapolitik: Die SP muss Garantin für soziale Gerechtigkeit

Martine Docourt, SP Frauen: Wir stehen in der Pflicht, die Anliegen der Klimajugend aufzunehmen und die soziale und gleichstellungspolitische Komponente in der Klimapolitik stärker zu betonen. Dafür braucht es diese Resolution.

Boris Previsic, SP Kanton Zürich: Die Klimaerhitzung ist keine Krise, sondern ein Tunnel. Ich warne vor einem langfädigen Positionspapier, das nur die Grünen nachhäft. Wir sollten uns vielmehr unserem radikalen Pragmatismus verschreiben.

Barbara Gysi für die Geschäftsleitung. Wir empfehlen Annahme dieser Resolution. Es geht darum, dass dieses Positionspapier eine sozialdemokratische Rolle der Klimapolitik schärfen kann. Dafür brauchen wir Zeit und wollen deshalb an der DV im Juni 2020 damit kommen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung nimmt die Resolution einstimmig und ohne Enthaltungen an.

R-4 Nicola Siegrist und andere: Auf zum Strike for Future!

Nicola Siegrist: Das Klimaproblem wird sich nicht von selbst lösen. Auch nach dem relativen Erfolg der Wahlen wird das Klimaproblem nicht im Parlament gelöst werden können. Dafür braucht es den Klimastreik. Wir vernetzen uns dafür mit den Frauenstreikkollektiven und den Gewerkschaften. Wir fordern nun, dass die SP den Klimastreik unterstützt.

Martin Schwab, SP Kanton Bern: Es gibt neue Studien, die aufzeigen, wie dramatisch die Klimakrise ist. Dafür braucht es den Klimastreik.

Nadia Kuhn, JUSO: Das Ausmass der Klimakrise macht mir Angst. Deshalb braucht es den Klimastreik. Dafür müssen auch bestehende soziale Bewegungen wie Frauenstreikkollektive und Gewerkschaften eingebunden werden.

Beat Jans für die Geschäftsleitung: Wir müssen alles Mögliche tun, damit wir unseren Beitrag leisten, um die Klimakrise zu stoppen. Das müssen wir auf allen Ebenen tun: Im Bundesrat, im Parlament, in den Gemeinden und Sektionen aber auch in der Zivilgesellschaft. Der Druck der Strasse muss aufrecht erhalten bleiben. Wenn dieser Druck nachlässt, werden die Bürgerlichen wieder wankelmütig.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung nimmt die Resolution einstimmig und ohne Enthaltungen an.

R-5 Clément Borgeaud und andere: Gegen das antidemokratische Wirtschaftsforum Davos

Clément Borgeaud, JUSO: Das WEF ist eine undemokratische Veranstaltung, welche die Steuerzahler/innen viel Geld kostet. Dagegen müssen wir uns klar zur Wehr setzen.

Yusuf Kulmiye, PS Vaudois: Die Politik des WEFs ist unsozial und wird von der Bevölkerung abgelehnt. Dagegen müssen wir eine Vision entwickeln. Diese Resolution ist ein starkes Zeichen gegen das WEF.

Andrea Simonett, JUSO: Das WEF macht Davos zu einer Festung. Es ist auch zutiefst undemokratisch, z.B. auch weil es die WOZ ausgeschlossen hat. Unsere Amtsträger/innen sollten deshalb nicht ans WEF gehen.

Anna Holm, SP Baselland: Jährlich treffen sich die Mächtigen, um den Kuchen der Welt untereinander zu verteilen. Dagegen müssen wir uns deutlich wehren.

Beat Jans für die Geschäftsleitung: Ich habe mich seit jeher gegen das WEF engagiert und sogar einmal für ein NGO eine Gegenveranstaltung in Davos mitorganisiert. Doch ein Boykott-Aufruf gegen die eigenen Bundesrät/innen ist für mich nicht zielführend. Viel wichtiger ist ein friedlicher und vielfältiger inhaltlicher Protest, den wir als SP gemeinsam mit Partnerorganisationen auch unterstützten. Und ebenfalls wichtig ist, dass wir im Parlament jeweils den Einsatz der Armee für das WEF ablehnen. Das haben wir als SP-Fraktion bis jetzt immer konsequent getan.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung nimmt die Resolution mit 71 Ja-Stimmen, 42 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen an.

Neuwahl Präsidium Fachkommission Soziale Sicherheit und Gesundheit

Die Geschäftsleitung schlägt als neue Präsidentin Yvonne Feri, Nationalrätin SP Kanton Aargau, vor: Als Mitglied der sozial- und gesundheitspolitischen Kommission des Nationalrates und aufgrund ihrer Erfahrung im sozial- und gesundheitspolitischen Bereich auf kommunaler und kantonaler Ebene ist sie sehr geeignet dafür.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Wahl von Yvonne Feri.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung wählt Yvonne Feri einstimmig und ohne Enthaltungen zur neuen Präsidentin der Fachkommission Soziale Sicherheit und Gesundheit.

Gründung Fachkommission «Netz- und Datenpolitik»

Andreas Burger: Es wurde heute mehrfach gefordert, dass wir uns zu Digitalisierungsthemen besser positionieren müssen. Es gibt zwar bereits ein Internet-Papier, doch dieses Thema bleibt aktuell und wir müssen unsere Sichtbarkeit verbessern. Deshalb macht eine neue Fachkommission dazu Sinn.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Gründung der neuen Fachkommission «Netz- und Datenpolitik» mit dem Co-Präsidium von Min Li Marti und Andreas Burger.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung stimmt der Gründung der neuen Fachkommission Netz- und Datenpolitik zu und wählt als Co-Präsident/innen Min Li Marti und Andreas Burger, jeweils einstimmig und ohne Enthaltungen.

Neuwahl Präsidium Finanzkommission

Rebekka Wyler: Ruedi Marti ist seit 2001 Präsident der Finanzkommission und möchte nun zurücktreten. Er hat grosse Verdienste für die finanzielle Gesundheit der Partei. Wir danken ihm dafür herzlich. Chris Nestel (SP ZH) stellt sich als neuer Präsident zur Verfügung. Er ist ein ausgewiesener Finanzexperte und deshalb für dieses Amt sehr geeignet.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Wahl von Chris Nestel.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung wählt Chris Nestel einstimmig und ohne Enthaltungen zum neuen Präsidenten der Finanzkommission.

11. Schluss / Apéro

Rebekka Wyler schliesst die Delegiertenversammlung, dankt allen für die Anwesenheit und der SP Kanton Bern für den finanziellen Zustupf an den Apéro und der Stadt Bern für das Sponsern des Weins für den Apéro. Des Weiteren bedankt sie sich bei den Dolmetscher/innen, bei Stefan Merki und seinem Team von x-Light für die Technik und dem Personal des Zentralsekretariates der SP in Bern für ihren Einsatz.

Gender-Watch-Protokoll

Total Delegierte für Delegiertenversammlungen der SP Schweiz und anwesende Delegierte

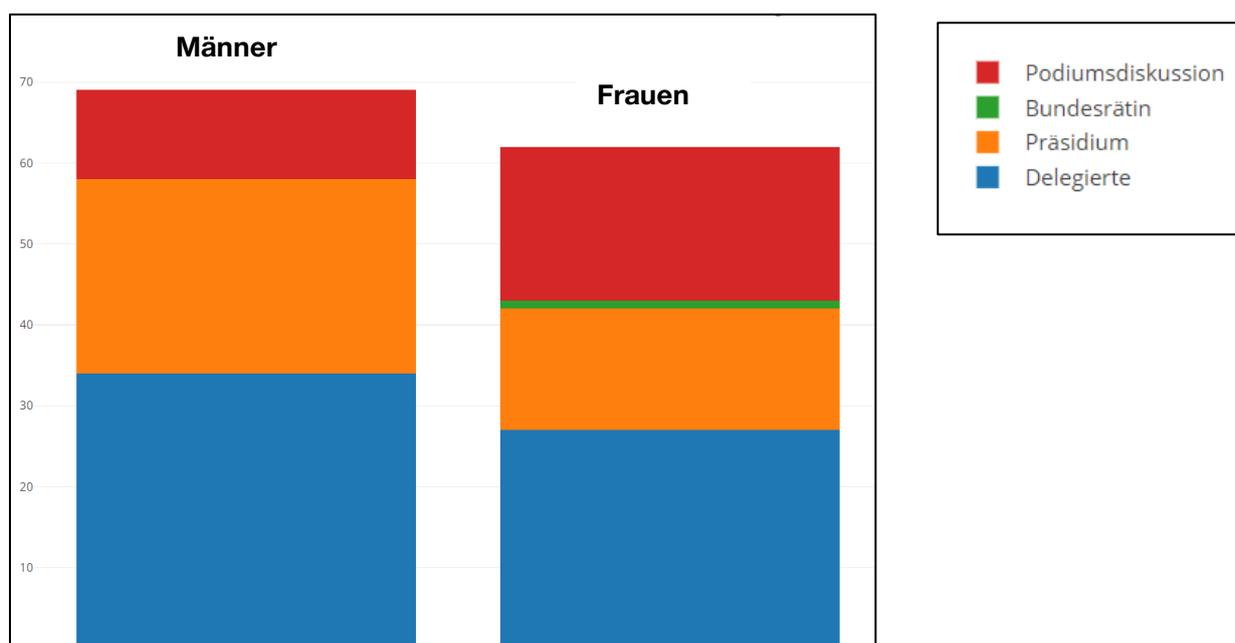
	Männer	Frauen	Total
Total Delegierte für Delegiertenversammlungen der SP Schweiz	192 (56.3%)	149 (43.7%)	341
Anwesende Delegierte an der DV vom 30. November 2019	123 (53.9%)	105 (46.1%)	228

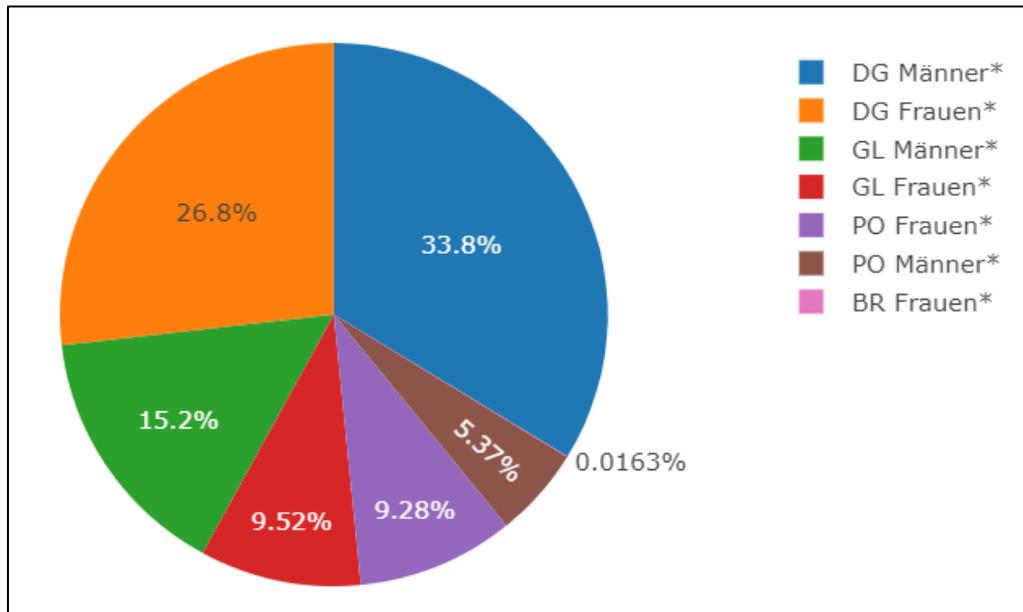
Total Wortmeldungen nach Zeit und Anzahl Voten

	Nach Zeit und in %	Nach Anzahl Voten und in %
Anzahl Wortmeldungen Männer	206 Minuten (57.9%)	69 (52.7%)
Anzahl Wortmeldungen Frauen	150 Minuten (42.1%)	62 (47.3%)
Total Wortmeldungen	356 Minuten	131

Detailauswertung nach Wortmeldungen

Nach Wortmeldungen (Total 131 Wortmeldungen)



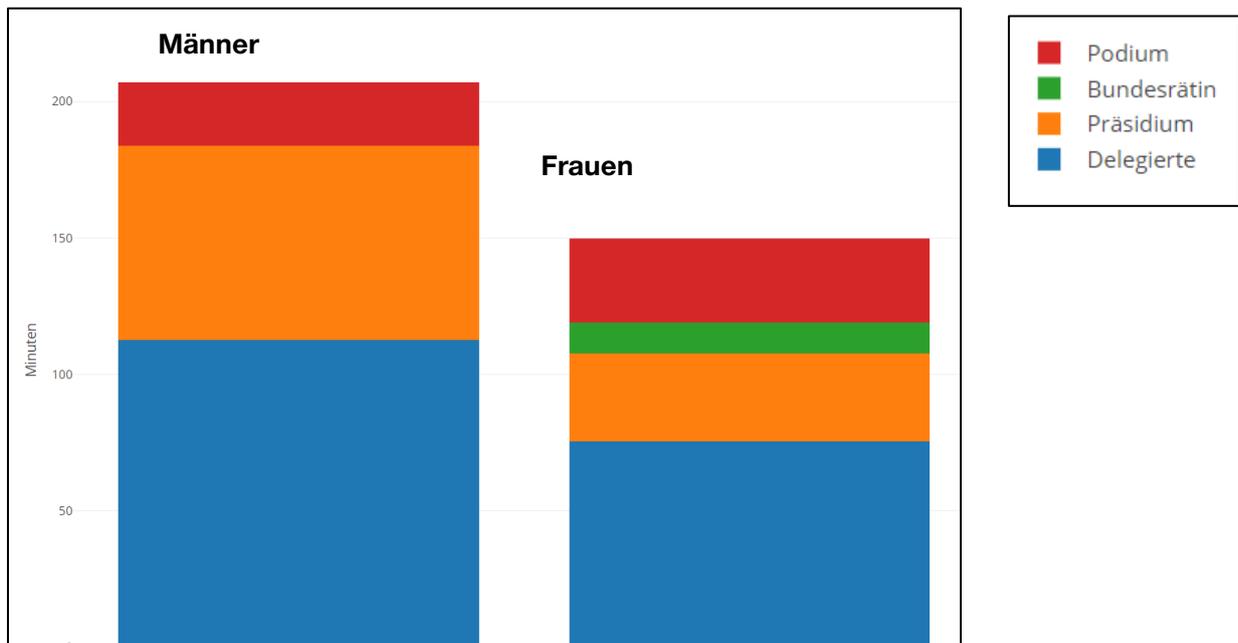


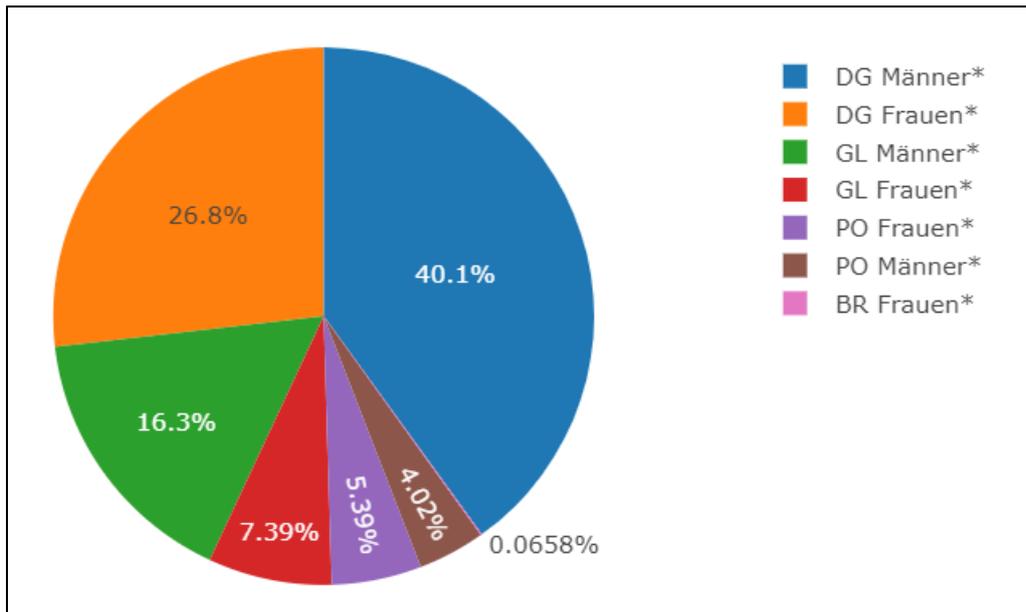
Abkürzungen:

DG Männer* und DG Frauen = Wortmeldungen Delegierte
 GL Männer* und GL Frauen* = Präsidium SP Schweiz
 PO Männer* und PO Frauen* = Podiumsdiskussion
 BR Frauen* = Rede Simonetta Sommaruga

Detailauswertung nach Redezeit

Nach Redezeit (Total 356 Minuten)



**Abkürzungen:**

DG Männer und DG Frauen = Wortmeldungen von Delegierten*

GL Männer und GL Frauen* = Präsidium SP Schweiz*

PO Männer und PO Frauen* = Podiumsdiskussion*

BR Frauen = Rede Simonetta Sommaruga*